

Änderungsantrag
der Fraktion der SPD

zur zweiten Beratung des Entwurfs des Haushaltsgesetzes 1992

hier: Einzelplan 14
Geschäftsbereich des Bundesministers der Verteidigung
– Drucksachen 12/1000 Anlage, 12/1329, 12/1414, 12/1600, 12/1601,
12/1602 –

Der Bundestag wolle beschließen:

1. Im Kapitel 14 01 – Bundesministerium der Verteidigung – wird der Titel 531 02 – Öffentlichkeitsarbeit – um 800 000 DM gekürzt.
2. Im Kapitel 14 02 – Allgemeine Bewilligungen – werden
 - der Titel 538 01 – Frachten usw. – um 15 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 539 03 – Nachwuchswerbung – um 7 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 99 – zusätzliche Ausgaben für militärische Beschaffungen (Rüstungssonderhilfe Türkei) in Höhe von 57 Mio. DM gestrichen,
 - der Titel 558 41 – Infrastrukturmaßnahmen – um 2 Mio. DM gekürzt.
3. Im Kapitel 14 03 – Kommandobehörden, Truppen usw. – werden
 - der Titel 524 01 – militärfachliche Zeitschriften – um 2 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 527 01 – Reisekosten Inland – um 1 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 01 – militärische Ausbildung im Inland – um 10 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 02 – Kosten für Truppenübungen – um 10 Mio. DM gekürzt.
4. Im Kapitel 14 08 – Sanitätswesen – werden
 - der Titel 522 21 – Arzneien usw. – um 5 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 552 22 – sonstige, nicht aufteilbare Betriebskosten – um 2 Mio. DM gekürzt.

5. Im Kapitel 14 12 – Unterbringung – werden
 - der Titel 517 01 – Bewirtschaftung der Grundstücke – um 30 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 01 – große Um- und Erweiterungsbauten (militärische Anlagen) – um 100 Mio. DM gekürzt.
6. Im Kapitel 14 14 – Fernmeldewesen – werden
 - der Titel 553 01 – Erhaltung des Fernmeldematerials – um 20 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 02 – Beschaffung von Fernmeldematerial – um 36 Mio. DM gekürzt.
7. Im Kapitel 14 15 – Feldzeugwesen – werden
 - der Titel 553 02 – Erhaltung des Feldzeugmaterials – um 60 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 553 04 – Erhaltung des Fahrzeug- und Kampffahrzeugmaterials der Streitkräfte – um 300 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 02 – Beschaffung von Kampffahrzeugen – um 200 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 04 – Beschaffung von Munition – um 400 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 05 – Beschaffung von Feldzeugmaterial – um 100 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 01 – Betrieb der Depots – um 10 Mio. DM gekürzt.
8. Im Kapitel 14 16 – ABC-Schutzmaterial – werden
 - der Titel 553 01 – Erhaltung des ABC-Schutzmaterials – um 2 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 01 – Beschaffung von ABC-Schutzmaterial – um 5 Mio. DM gekürzt.
9. Im Kapitel 14 17 – Quartiermeisterwesen – wird der Titel 522 01 – Betriebsstoff für die Bundeswehr – um 50 Mio. DM gekürzt.
10. Im Kapitel 14 18 – Schiffe und Marinegerät – wird der Titel 554 01 – Beschaffung von Schiffen und Marinegerät – um 80 Mio. DM gekürzt.
11. Im Kapitel 14 19 – Flugzeuge, Flugkörper und flugtechnisches Gerät – werden
 - der Titel 553 01 – Erhaltung von Flugzeugen, Flugkörpern usw. – um 300 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 554 01 – Beschaffung von Flugzeugen, Flugkörpern usw. – um 200 Mio. DM gekürzt.
12. Im Kapitel 14 20 – Wehrforschung, wehrtechnische und sonstige militärische Entwicklung und Erprobung – werden
 - der Titel 551 01 – wehrtechnische Forschung und Technologie – um 100 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 551 02 – wehrmedizinische Forschung – um 3 Mio. DM gekürzt,

- der Titel 551 03 – Entscheidungshilfen für Planung und Führung – um 5 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 551 11 – wehrtechnische Entwicklung und Erprobung – um 300 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 551 16 – Entwicklung des Kampfflugzeugs MRCA – um 50 Mio. DM gekürzt,
 - der Titel 551 18 – Entwicklung des Jagdflugzeuges 90 – in Höhe von 830 Mio. DM ersatzlos gestrichen.
13. Im Kapitel 14 22 – Bewilligungen im Rahmen der Mitgliedschaft zur NATO und zu anderen internationalen Organisationen – werden
- der Titel 686 12 – Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für das Jagdflugzeug 90 – mit einem Ansatz von 10 Mio. DM gestrichen,
 - der Titel 686 13 – Beitrag zu den Verwaltungskosten der Agentur für den NATO-Hubschrauber NH 90 – mit einem Ansatz von 2 Mio. DM gestrichen,
 - die Titelgruppe 01 – NATO-Infrastruktur – um 100 Mio. DM gekürzt,
 - die Titelgruppe 03 – Beitrag zu den Kosten des NATO-Frühwarnsystems (AWACS) – um 20 Mio. DM gekürzt.
14. Im Kapitel 60 07 – Maßnahmen im Zusammenhang mit dem Golfkrieg – werden
- die Ausgaben in Titel 554 01 – Ersatzbeschaffungen zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr – auf 64 Mio. DM herabgesetzt,
 - der Titel 554 02 – Beschaffung von Verteidigungssystemen für Israel (U-Boote) – mit einem Ansatz von 175 Mio. DM gestrichen.
15. Die Summe der Einsparungen beläuft sich auf rund 4 Mrd. DM.

Bonn, den 26. November 1991

Hans-Ulrich Klose und Fraktion

Begründung

1. Der vorgelegte Etatentwurf wird den tiefgreifenden Veränderungen in der Außen- und Sicherheitspolitik nicht gerecht. Er bietet keine Grundlage für einen Umbau unserer Streitkräfte, der sich an den drastisch veränderten strategischen und operativen Gegebenheiten orientiert. Die großen Herausforderungen und Aufgaben der kommenden Jahre
 - Entwicklung einer neuen Sicherheitspolitik und Militärstrategie in Deutschland und im Bündnis,
 - drastische Verringerung der Umfangszahlen und Neustrukturierung der gesamtdeutschen Streitkräfte,
 - Bewältigung der Abrüstungsfolgen durch Standort- und Rüstungskonversion,

spiegeln sich in der Ausgabenplanung des Einzelplans 14 nicht wider.

Im Gegenteil: Die bisherigen Ausrüstungs- und Rüstungsprogramme werden im Grundsatz unverändert fortgeschrieben. Es fehlt insbesondere ein geschlossenes Gesamtkonzept, das sich auf einen zukunftssicheren neuen Auftrag der Bundeswehr stützt.

2. Angesichts der fundamental geänderten sicherheitspolitischen Rahmenbedingungen fordern wir
 - nur noch die für Ausbildung und Betrieb der Bundeswehr unabweisbar notwendigen Ausgaben zu tätigen,
 - den Vollzug der bisherigen Bundeswehrplanung für drei Jahre auszusetzen, bis eine Neukonzeption für die zukünftigen deutschen Streitkräfte vorliegt,
 - alle eingegangenen vertraglichen Verpflichtungen zu überprüfen und notfalls zu kündigen,
 - keine neuen Rüstungsprojekte mehr zu beginnen, laufende nicht fortzuschreiben und die weitere Realisierung großer Rüstungsvorhaben auszusetzen.
3. Mit den von der Fraktion der SPD geforderten Einsparungen in den Einzelplänen 14 und 60 lassen sich kurzfristig über 4 Mrd. DM bei den Verteidigungsausgaben streichen, wie folgende zusammenfassende Übersicht unserer Kürzungsvorschläge für den Einzelplan 14 zeigen:
 - Kürzung von Neu-, Um- und Erweiterungsbauten in den alten Bundesländern um 100 Mio. DM,
 - Kürzung bei militärischen Beschaffungen und beim Betrieb des Heeres in Höhe von einer Milliarde DM,
 - Kürzung bei militärischen Beschaffungen und beim Betrieb der Luftwaffe von 500 Mio. DM,
 - Ausstieg aus der Entwicklung des Jagdflugzeugs 90 mit Einsparungen von 830 Mio. DM,
 - Streichung weiterer Forschungs- und Entwicklungsvorhaben in Höhe von 300 Mio. DM
 - sowie rund 700 Mio. DM in einer Reihe von Einzeltiteln.
4. Außerdem lehnen wir die aus dem Einzelplan 60 vorgesehenen Ersatzbeschaffungen für die Bundeswehr und die Finanzierung von U-Booten für Israel ab. Dadurch werden weitere 625 Mio. DM eingespart. Die vom Haushaltsausschuß beschlossene Kürzung der Ausgaben für Ersatzbeschaffungen zur Erhaltung der Einsatzfähigkeit der Bundeswehr ist völlig unzureichend.
5. Die Chance für den grundsätzlichen Umbau der Streitkräfte und des Verteidigungshaushalts besteht jetzt. Sie muß zu einer generellen Neubewertung und Umorientierung genutzt werden. Dazu gehört auch die Vorlage eines vom Deutschen Bundestag zu billigenden Personalstrukturmodells für einen Streitkräfteumfang von 370 000 Mann (PSM 370). Nur auf dieser

Grundlage ist eine sachgerechte Beurteilung der Regierungsentwürfe für ein Personalstärke- und ein Bundeswehrbeamtenanpassungsgesetz möglich. Dabei werden wir die berechtigten sozialen Bedürfnisse und Interessen der Soldaten und zivilen Mitarbeiter besonders vertreten.

Mit unserem Antrag wollen wir unserer Verantwortung gerecht werden, Haushaltsmittel nicht für unsinnige Programme und überholte Projekte auszugeben. Unser gemeinsames Ziel muß sein, eine für die verteidigungspolitischen Erfordernisse richtig strukturierte und gerüstete Bundeswehr als zuverlässiges Instrument einer zukunftsorientierten Sicherheitspolitik zu schaffen.

6. Die Fraktion der SPD fordert die Bundesregierung auf, ein zukunftsweisendes Konversionsprogramm für die von der Truppenreduzierung betroffenen Standortgemeinden vorzulegen und mit einem aufgabengerechten Mittelansatz auszustatten. Die hierfür erforderliche Summe ist aus Kürzungen des Verteidigungshaushalts zu erwirtschaften. Nach Auffassung der Fraktion der SPD muß ein solches Konversionsprogramm für die betroffenen Standorte mindestens folgende Elemente umfassen:
 - Es ist ein Gesamtkonzept für die sozialverträgliche und strukturgerechte Abrüstung auf der Grundlage eines umfassenden Friedensentwicklungsplanes vorzulegen.
 - Ein „Sonderprogramm Konversion“, das die Vorschläge und Anregungen der Bundesländer ausreichend berücksichtigt, ist unverzüglich einzurichten. Es dient mit Vorrang der Bewältigung der direkt durch den Truppenabbau entstehenden Probleme.
 - Grundstücke und Liegenschaften, die ganz oder teilweise frei werden, sind den Kommunen möglichst rasch altlastenfrei und mit einem strukturgerechten Preisnachlaß von bis zu 80 Prozent zu überlassen.
 - Es ist der Entwurf eines Abrüstungsfolngengesetzes vorzulegen, der die notwendigen noch offenen Elemente der Förder-, der Struktur und der Regionalpolitik umfaßt.
 - Vor allem sind konkrete geeignete wirtschaftliche Anreize für private zukunftssichere und arbeitsplatzschaffende Investitionen in den betroffenen Regionen vorzusehen.
 - Darüber hinaus sind ergänzend adäquate zukunftssichere Arbeitsplätze für freigesetztes Personal einzurichten. Dabei ist insbesondere auch an zusätzliche Aufgaben im Umweltschutz, im Entwicklungsdienst, beim Katastrophenschutz sowie im Gesundheits- und Sozialbereich zu denken. Hierfür sind im notwendigen Umfang die erforderlichen Ausbildungs- und Umschulungsprogramme anzubieten.
7. Die Fraktion der SPD fordert ferner eine Mittelumschichtung von einer Milliarde DM für die Nord-Süd-Politik und die verstärkte Einbeziehung auch von Ländern Mittel- und Osteuropas in die entwicklungspolitische Zusammenarbeit. Die Mittel sollen dazu dienen, die absolute Armut in Entwicklungsländern

zu bekämpfen, den Umweltschutz zu unterstützen und Programme für die Bevölkerung zu fördern. Sie sollen insbesondere auch für Länder eingesetzt werden, die demokratisch orientiert sind und die Menschenrechte achten. Die Erhöhung der Mittel ist ein Beitrag, um die Ursachen von Flucht und Vertreibung in der Dritten Welt und in Osteuropa zu bekämpfen.

